



Ein Mangel an allem

Der Untersuchungsausschuss zum Neukölln-Komplex

Seit Februar 2022 tagte der parlamentarische Untersuchungsausschuss (PUA) und versuchte offene Fragen im Neukölln-Komplex zu klären. Das apabiz hat den Untersuchungsausschuss beobachtet. Nach 49 Sitzungen, 102 vernommenen Zeug*innen und rund 300 Stunden Sitzungszeit bleibt die Frage: Was hat es gebracht?

Von Dana Fuchs

Mehr als 15 Jahre lang wurden in Berlin-Neukölln und angrenzenden Stadtteilen mindestens 72 extrem rechte Straftaten¹ verübt, darunter über 20 Brandanschläge. Zudem werden die Morde an Burak Bektaş am 5. April 2012 und an Luke Holland am 20. September 2015 dem Komplex zugerechnet. Die Neuköllner Anschlagsserie war in mehrfacher Hinsicht außergewöhnlich. Über Jahre hinweg fand diese sehr konzentriert statt, wobei es immer wieder Nächte gab, in denen mehrere Angriffe kurz hintereinander stattfanden. Im Sinne klassischer »Anti-Antifa-Arbeit« sollten politische Gegner*innen eingeschüchtert und ihnen ein Gefühl ständiger Bedrohung vermittelt werden. Zu Beginn richteten sich die Anschläge vor allem gegen linke Geschäfte, Initiativen und Vereine. Im späteren Verlauf verschob sich der Fokus zunehmend auf private Wohnadressen politisch engagierter Personen. Immer direkter griffen die Täter in das persönliche Umfeld

der Betroffenen ein.

Der Beginn der Serie wird von Fachstellen wie der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) auf 2009 datiert.² Mit einiger Wahrscheinlichkeit ist dieser jedoch noch früher anzusetzen. Oftmals werden extrem rechte Einschüchterungsversuche nicht ernst genommen. Es ist durchaus möglich, dass die Bedrohungen weitaus früher begonnen haben. Jahrelang konnten die Behörden keinerlei Ermittlungsergebnisse vorweisen. Vielmehr wurden mögliche extrem rechte Tatmotive nicht ernst genommen oder sogar negiert. Erst Ende 2024 wurden die beiden Hauptverdächtigen Sebastian Thom (bis 2018 NPD-Kreisvorsitzender Neukölln) und Tilo P. (ehemals Mitglied des AfD-Bezirksvorstands Neukölln) wegen zwei Brandanschlägen zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt.

Betroffene setzen sich für Aufklärung ein

Lange kämpften Betroffene und ihre Unterstützer*innen für die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses und die Klärung offener Fragen. Allein diesem hartnäckigen Engagement ist es zu verdanken, dass im Februar 2022 der PUA zum Neukölln-Komplex begann.

In verschiedenen Blöcken wurden zunächst Betroffene und Fachstellen befragt, später dann Vertreter*innen von Polizei, Staatsanwaltschaft und Verfassungsschutz. Im Zentrum stand die Arbeit der Ermittlungsbehörden und des Verfassungsschutzes. Im Juli fand die letzte Zeug*innenbefragung statt. Nächstes Jahr soll der Abschlussbericht erscheinen. Nach fast drei Jahren fällt das Fazit allerdings ernüchternd aus: Die Befragungen, vor allem durch CDU und SPD, blieben überwiegend oberflächlich und wohlwollend gegenüber den verschiedenen Behörden. Sie vermittelten nicht den Eindruck, dass ein Ermittlungsversagen ernsthaft adressiert werden sollte oder Empfehlungen entwickelt werden, die dieses künftig verhindern könnten. Es ließ sich kein Wille erkennen, strukturelle Probleme klar zu benennen oder Konsequenzen einzufordern.

Dies ist fatal, da insbesondere durch Befragungen der Betroffenen und der Fachstellen deutlich wurde, dass die Ermittlungsbehörden Angriffe über Jahre hinweg verharmlost oder ignoriert haben: Viele Anschläge wurden lediglich als »Sachbeschädigungen« eingestuft und Bedrohungen nicht als solche anerkannt. Die Ermittlungen verliefen schleppend und die Betroffenen bekamen auch auf Nachfrage selten ausführliche Antworten. Viele von Ihnen lieferten selbst Hinweise und forderten ein, dass Beweismittel überhaupt beschlagnahmt und Zeug*innen befragt werden.

Bagatellisierung und verspätete Ermittlungen

Auf die Frage, warum vieles nicht untersucht oder weiter verfolgt wurde, fanden nur wenige Beamt*innen adäquate Antworten. Der LKA-Beamte Thomas R., der unter anderem mit den Ermittlungen zum Mord an Luke Holland 2015 betraut war, sprach in seiner Aussage immer wieder von »Ermittlungsökonomie«. Dies bedeutet, dass die Polizei ganz konkret schaut, welche Maßnahmen und Ermittlungsschritte zeitlich unbedingt sein müssen. Im Fall von Luke Holland führte diese Herangehensweise dazu, dass nach der schnellen Festnahme des Täters Rolf Z. die Suche nach etwaigen Netzwerken für die Polizei nicht mehr von Interesse war.

Auch der Frage, wo er die bei einer Hausdurchsuchung gefundenen weiteren Waffen gekauft hatte, wurde nicht nach gegangen, da diese zwar illegal, aber nicht funktionstüchtig gewesen seien. Selbstverständlich ist es sinnvoll, polizeiliche Maßnahmen nicht

ins Unendliche ausufern zu lassen, sondern konkret und zielführend einzusetzen. Wenn aber die Gefahr extrem rechter Bedrohungslagen nicht erkannt wird, dann sind das nicht nur grobe Fehler, sondern fürchterliche Versäumnisse, die Leben kosten können. Bei einer Person wie Rolf Z., die bereits in den Akten zum Mord an Burak Bektaş auftauchte, auf Nachforschungen zu Netzwerken und Kontakten zu verzichten, ist völlig unverständlich und respektlos. Begriffe wie »Ermittlungsökonomie« dienen hier dazu, offenkundige Fehler als rationalen Einsatz knapper Ermittlungsressourcen zu entschuldigen.

Behördliche Selbstentlastung

Teilweise schlecht vorbereitet und mit Erinnerungslücken traten Zeug*innen von Polizei, Verfassungsschutz und Staatsanwaltschaft auf. Nur selten gab es Ausnahmen in den Befragungen fernab der generellen Linie, die man in etwa so paraphrasieren kann: »Wir haben keine Fehler gemacht, auch wenn wir uns nicht erinnern können. Da die Vorschriften sauber erfüllt werden müssen, wurden sie auch sauber erfüllt.« Das mit so einer Arbeitsweise strukturelle Fehler konstant wiederholt werden müssen, ist nur logisch. Auch etwaige eigene

rassistische Einstellungsmuster können so nicht reflektiert werden. Daraus entstand eine verhängnisvolle Mischung aus Verantwortungslosigkeit und Ahnungslosigkeit. Erfahrungen, aber auch selbst recherchiertes Wissen von Betroffenen wurden nicht ernst genommen und die Gefahr einer bedrohlichen extrem rechten Struktur in Neukölln unterschätzt.

Interessant zu beobachten war allerdings, wie eindringlich die CDU in ihrer Befragung die Agenda verfolgte, Polizeikräfte aufzustocken. Deren Bedarf wurde jedoch konsequent von den Polizeizeug*innen verneint. Auch der ehemalige Leiter des Berliner Verfassungsschutzes, Abteilung 2, Bernd Palenda bestätigte, dass es »personell keine Unterversorgung im Bereich Rechtsextremismus« gab.³

Fehlender Fokus auf Rassismus

Viel relevanter hingegen war das mangelnde Einbeziehen rassistischer Tatmotive in die Ermittlungen. Die beiden Betroffenen-Anwälte Onur Özata und Lukas Theune beschreiben, dass einem rechten Tatmotiv nicht intensiv genug nachgegangen wurde. Unklar bleibt beispielsweise, warum eine rechte Gesinnung von Rolf Z. nur für »möglich« gehalten wird, obwohl bei der Durchsuchung seiner Wohnung diverses neonazistisches Material sowie eine Hitler-Büste gefunden wurden. Der Linken-Abgeordnete Niklas Schrader fragte daraufhin sinngemäß und äußerst treffend,

wie viele Hitler-Büsten und Göring-Bilder es denn brauche, um als extrem rechts zu gelten?

Auch dem besonderen Täterverhalten beim Mord an Burak Bektaş schenkten die Beamt*innen einer nur für den Fall eingesetzten Analyseeinheit kaum Aufmerksamkeit. Der Täter kam, schoss und entfernte sich wieder vom Tatort. Die Übereinstimmung mit dem Tätermuster des rechtsterroristischen Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU), der sich nur knapp fünf Monate vorher selbst enttarnt hatte, war für den Befragten dieser Einheit irrelevant und wurde damit erklärt, dass sich diese Morde an anderen Orten und nicht in Berlin ereignet hätten. Zudem wäre es nicht seine Aufgabe, in der erweiterten Fallanalyse ähnliche Fälle zu finden, sondern sich auf den Fall zu konzentrieren, der vor ihm liegt. Der Zeuge betonte mehrfach, dass er sich nur auf »objektive Fakten« berufe. Da zwischen dem Täter und der angegriffenen Freundesgruppe um Burak Bektaş keinerlei Kommunikation bestand, könne er ein mögliches rassistisches Tatmotiv nicht mit einbeziehen. Mit dieser Herangehensweise, die einen persönlichen Bezug zwischen Täter und Opfer als notwendige Voraussetzung begreift um Anhaltspunkte für mögliche Tatmotive zu haben, scheint es per se ausgeschlossen, Hassverbrechen als solche erkennen zu können. Folgt man dieser Logik, kann beispielsweise nicht von einem queerfeindlichen Angriff ausgegangen werden, wenn sich schwule Männer auf der Straße küssen und dann ohne Kommentar zusammen geschlagen werden – denn wir wissen ja nicht, ob die Täter nicht auch ein Hetero-Pärchen angegriffen hätten.

Erkenntnisgewinne durch Betroffene und Fachstellen

Abschließend lässt sich sagen, dass der Ausschuss das bei Betroffenen und Fachstellen vorhandene Detailwissen über Neonazi-strukturen leider kaum ergänzen konnte. Interessant wären hier sicher die Informationen aus den nicht-öffentlichen Befragungen, die jedoch auch im Abschlussbericht nicht zu finden sein werden und somit der Öffentlichkeit verborgen bleiben. Der Bericht soll 2026 veröffentlicht werden, im besten Fall könnten die Sondervoten der Fraktionen einige interessante Einblicke oder kritischere Bewertungen liefern.

Dass antifaschistische, zivilgesellschaftliche und journalistische Recherchen durchaus von den Behörden gelesen und einbezogen

werden, bestätigten Bernd Palenda und weitere Mitarbeiter*innen aus den verschiedenen Behörden. Die Zeugin Z-11 (Gruppenleiterin Rechtsextremismus Verfassungsschutz 2009 bis 2012) bejahte die Frage, ob Sie denke, dass Sie über ein ähnliches Informationsniveau verfüge wie linke Rechercheseiten. Außerdem könne sie nicht ausschließen, dass es manchmal auch neue Erkenntnisse durch zivilgesellschaftliche Recherchen gab und diese dann auch in ihre Auswertungen eingeflossen sind.

Schlussbewertung

Der PUA konnte bislang weder eine dringend nötige Aufklärung leisten noch den politischen Druck erzeugen, der im Neukölln-Komplex wünschenswert wäre. Es wurde allzu deutlich, dass extrem rechte Gewalt in Berlin von behördlicher Seite nicht ernst genommen wurde. Zeug*innenaussagen von Beamt*innen, die durchaus Kritik am behördlichen Arbeiten hatten und manifeste Unzufriedenheiten äußerten, blieben die Seltenheit. Eigene (extrem) rechte Strukturen in den Behörden wurden einmal mehr als Einzelfälle abgetan und nicht ernsthaft verfolgt. Betroffene waren meist dazu gezwungen, sich Zeug*innenaussagen anzuhören, die teilweise arrogant, ignorierend und verharmlosend der extrem rechten Gewaltserie gegenüber standen. Eine selbstkritische Analyse bei Polizei, Staatsanwaltschaft und Verfassungsschutz war kaum vorhanden. Die ehemalige Mitarbeiterin der Opferberatungsstelle ReachOut Helga Seyb stellte in ihrer Befragung daher völlig richtig die Frage: »[Die Behörden] sagen, Personal ist nicht das Problem, Struktur ist nicht das Problem. Dann muss man sich fragen: Was ist das Problem?« •

1 Im Gegensatz dazu kommt die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) auf ca. 157 Angriffe. Diese Diskrepanz erklärt sich darüber, dass die MBR auch Angriffe außerhalb von Neukölln mitzählt, wenn sie durch die Art der Tat oder eine zeitliche und räumliche Nähe einem gleichen Täterkreis zugeschrieben werden können. **2** Die MBR spricht von zwei Zeitphasen: So ereignete sich die erste von 2009 bis 2015 und die zweite von 2016 bis 2019. **3** Der Polizist Michael E. erklärte, dass im Rahmen des Neukölln-Komplexes zeitweise sogar bis zu 200 Polizist*innen zeitgleich im Einsatz gewesen seien.

Der Artikel ist eine gekürzte Fassung einer dreiteiligen Reihe zum Untersuchungsausschuss, welche ab Januar 2026 auf unserem Blog Berlin rechtsaußen erscheint. Diese gibt ausführlichere Einblicke in unsere Eindrücke vom Ausschuss und den Zeug*innenbefragungen.

⌚ www.rechtsaussen.berlin

NSU Watch beobachtete ebenfalls regelmäßig den Untersuchungsausschuss. Die Zusammenfassungen der Sitzungen sind ein wichtiger Baustein für die zivilgesellschaftliche Aufarbeitung, da die Wortprotokolle der Zeug*innenaussagen – auch wenn sie im öffentlichen Sitzungsteil stattfanden – nicht öffentlich zugänglich sind. Die Zusammenfassungen und weitere Einschätzungen zum Neukölln-Komplex können online nachgelesen werden.

⌚ www.nsu-watch.info





Foto: NASA auf unsplash.com

Von Alt-Treptow in den rechten Orbit

Im Herbst sorgte eine von der Linkspartei in Berlin organisierte Informationsveranstaltung zum rechten Medienportal Apollo News für Schlagzeilen. Die Aufregungsmaschine setzte sich in Gang: Hier würde die Pressefreiheit angegriffen und mit Gewalt gedroht. In der Folge kam es zu Drohungen gegen die eingeladene Referentin der Amadeu Antonio Stiftung. Auch das Abgeordnetenhaus beschäftigte sich mit dem Vorgang. Doch was und wer ist Apollo News eigentlich? Eine kritische Einordnung.

Von der Redaktion Berlin rechtsaußen

Wer durch die beschaulichen Straßen Alt-Treptows spaziert, trifft auf ruhige Mehrfamilienhäuser, Spielplätze, viel Grün und inzwischen auch vermehrt Cafés, Restaurants und kleine Modegeschäfte. Der Stadtteil wählt insgesamt eher links-grün. Es gibt verschiedene Sozial- und Nachbarschaftsprojekte. Soweit, so schön. Dass genau in dieser Nachbarschaft eines der reichweitenstärksten rechten Medienportale des Landes seinen Redaktionssitz hat, überrascht.

Seit 2024 befindet sich hier die Redaktion von Apollo News und das in einem durchaus repräsentativen 180-Quadratmeter großen Loft. Das Portal wurde 2018 zunächst als Schüler*innenblog gegründet. Erfahrungen sammelte das Team um den heutigen Chefredakteur Max Mannhart größtenteils bei Tichys Einblick und später bei Rome Medien. Mannhart war

zeitweise Leiter des Blogs Pleiteticker (Vorläufer von NIUS um den ehemaligen Bild-Chefredakteur Julian Reichelt), bevor er 2023 Apollo News als eigenständiges Medium neu startete. Inzwischen hat das Projekt eine beachtliche Professionalisierung durchlaufen. Die sehr junge Redaktion umfasst 20 Mitglieder, nach Medienberichten fast alle unter 30 Jahre alt.

Eine Analyse des Center für Monitoring, Analyse und Strategie (CeMAS) zur Bundestagswahl 2025 zählt Apollo News wiederholt zu den meist geteilten »Alternativmedien« auf Telegram, zeitweise noch vor Plattformen wie NIUS, Auf1TV, Tichys Einblick oder der Jungen Freiheit. Apollo News ist inzwischen eine relevante Stimme in der Symphonie rechter bis extrem rechter Online-Medien und Influencer*innen. In Abgrenzung zu journalistischen Medien definiert CeMAS Alternative Medien als »Internet-Outlets, die sich selbst als

Medien bezeichnen, aber wenig auf journalistische Standards wie etwa Wahrhaftigkeit, Genauigkeit, Faktenbasiertheit, Quellenprüfung, Unabhängigkeit, Objektivität, Fairness achten«.

Mitte 2025 konnte Apollo News einen bemerkenswerten Neuzugang vermelden. Der vorherige Cicero-Redakteur Daniel Gräber wurde Teil der Apollo-Chefredaktion und ist seitdem dafür verantwortlich, ein Investigativ-Ressort aufzubauen. Gräber (Jahrgang 1980) ist nicht nur deutlich älter als alle bisherigen Redaktionsmitglieder, er dürfte auch der einzige mit einer klassischen journalistischen Ausbildung und Arbeitserfahrung bei etablierten Medien sein. Bekannt wurde Gräber aufgrund seiner Recherchen zu Korruptionsvorwürfen gegen den ehemaligen Frankfurter Oberbürgermeister Peter Feldmann oder zum von der Ampel-Koalition durchgeführten Atomausstieg. Damals

klagte Gräber erfolgreich gegen das von Robert Habeck geführte Wirtschaftsministerium auf Aktenherausgabe bezüglich möglicher AKW-Laufzeitverlängerungen. Auf Bestreben der Unionsfraktion wurde im Nachgang ein Untersuchungsausschuss im Bundestag zum Thema eingesetzt.

Durch diesen personellen Neuzugang dürfte sich die Arbeitsweise von Apollo News weiter professionalisieren. In einem als Video-Podcast veröffentlichten Gespräch mit Mannhart machte Gräber deutlich, dass er den Kurs gegen die etablierte Presselandschaft weiterführen wird. Dem Spiegel etwa wirft er einen »relotiusartigen Schönschreib-Wohlfühl-Linksgrünen-Blasenjournalismus« vor.

Wie finanziert sich Apollo News?

Laut eigener Aussage finanziert sich Apollo ausschließlich über Spenden und Werbeeinnahmen. Getragen wird das Portal von der Apollo Medien GmbH. Hauptgesellschafter ist mit 69,7 Prozent Mannhart. 15,0 Prozent und damit die zweitmeisten Anteile hält die in Liechtenstein ansässige Crocodile Capital GmbH.

Neben der Apollo Medien GmbH ist die gemeinnützige Apollo Seminare gUG für die Durchführung von Journalismus-Seminaren zuständig. Deren Ziel sei »die Förderung der Volks- und Berufsbildung [...] durch das Betreiben eines Weblogs und die Verfassung, Überarbeitung und Veröffentlichung von Artikeln, Videos und anderen Medienprodukten« sowie die »Durchführung von Veranstaltungen der beruflichen Fort- und Weiterbildung insbesondere im Bereich der publizistischen und politischen Jugendarbeit«. Damit überschneidet sich der (gemeinnützige) Zweck der gUG bezüglich der publizistischen Arbeit mit dem der nicht gemeinnützigen Apollo Medien GmbH.

Das Journalismusfachblatt Medium Magazin schätzte Anfang 2025, dass Apollo monatlich einen »mittleren fünfstelligen Betrag für 15 festangestellte Redaktionsmitglieder, weitere fünf freie Autoren sowie die Betriebskosten« aufwenden müsse. Die Werbeplätze auf Apollo News reichen von der klassischen

Online-Bannerwerbung, über Platzierungen in Videos bis hin zu gesponserten Artikeln und einem ganzen Homepage-Takeover. Werbefrei gibt es Apollo-News nur für Leser*innen, die mindestens ein Basis-Abo abschließen. Zu den regelmäßigen Werbepartnern gehören die Firma Kettner Edelmetalle (inkl. Werbeclips mit Dieter Bohlen) und der Schreibwarenhandel Hörner, die auch auf anderen rechten Kanälen Anzeigen platzieren. Große Firmen, Banken und sogar eine Krankenkasse werben ebenfalls auf dem Portal.

Inhalte und Tonfall

Apollo sieht sich selbst als »Underdog« und moniert, dass sich zu viele Journalist*innen dem politischen Machtzentrum in Berlin angenähert hätten. Damit geriert sich die Redaktion wie viele andere rechte Medien als Teil einer unangepassten und gegen die Herrschaft der »Mächtigen« gerichteten Gegenöffentlichkeit. Die Selbstdarstellung (extrem) rechter Akteur*innen ist nicht selten strategisch gewählt. Mannhart beschreibt die politische Verortung von Apollo News gegenüber dem Medium Magazin als »bürgerlich und liberal-konservativ«. Wikipedia wirft den Begriff »rechtslibertär« in den Ring. Ein Zeit-Artikel resümiert »Jung, gebildet, rechts«. Abgearbeitet wird sich an den gängigen Feindbildern der konservativen bis extremen Rechten: Migration und Kriminalität (gern in Kombination), die Grünen und Klimapolitik, der öffentlich-rechtliche Rundfunk, queere Lebensentwürfe und Genderpolitik sowie selbstverständlich Linke und alle, die sich als antifaschistisch verstehen. Anders als weite Teile der deutschen extremen Rechten ist Apollo durchaus kritisch gegenüber Putin und solidarisiert sich mit der Ukraine. Ähnlich wie NIUS und Teile der AfD gibt Apollo sich zudem israelfreundlich und kritisiert Antisemitismus, sofern man diesen bei muslimischen Migrant*innen und Linken verorten kann.

»Rechtslibertär« ist als inhaltliche Klammer durchaus angemessen. In diesem Zusammenhang ist libertär nicht etwa als Synonym für anarchistisch zu verstehen, sondern meint ultra-neoliber-

le Ansichten. Diese laufen darauf hinaus, staatliche Befugnisse und Funktionen auf ein absolutes Minimum zusammenzukürzen. Dies betrifft nicht zuletzt den sozialen und kulturellen Bereich.

»Bürgerlich, ruhig« wie es die Zeit formulierte, ist der Ton bei Apollo mitnichten. Wahr können sich die Redakteur*innen durchaus gepflegt artikulieren, wenn dies gewünscht ist. Häufig ist der Ton jedoch gereizt, polemisch oder schlicht beleidigend. Die Linken-Politikerin Heidi Reichenek bezeichnete man dort etwa als »trotziges Pferdemädchen im Gewand einer Vorstadt-Rockgöre mit ADHS«, an deren »Anblick« man »sich im Bundestag wohl vorerst gewöhnen« müsse. Dabei ist Apollo stets auf der Suche nach dem nächsten Aufreger-Thema, um Aufmerksamkeit zu generieren.

Mit Apollo News hat sich in Berlin neben NIUS ein weiteres bundesweit berichtendes Kampagnenportal etabliert, das erfolgreich rechte Narrative bedient und diese in großem Umfang medial verstärkt. Dabei erreicht Apollo offenbar nicht nur die übliche Klientel der AfD und ihrer Wähler*innen, sondern auch Teile der Union. Als Beispiel kann die Debatte im Vorfeld der gescheiterten Wahl von Frauke Brosius-Gersdorf zur Bundesverfassungsrichterin gelten. Gezielt säten Alternativmedien, rechte Influencer*innen und die AfD Zweifel an der Eignung der Rechtswissenschaftlerin. Ausgangspunkt war laut einer Analyse des Thinktanks PolispHERE ein Apollo-Artikel. Es folgten Beiträge von NIUS, Tichys Einblick, Junge Freiheit, Compact und Auf1.

Ähnlich wie dessen Erfolg dürfte die Kritik an Apollo News mittelfristig jedenfalls nicht abflauen. Es gilt, die Mechanismen hinter rechten Kommunikationskampagnen offenzulegen und als solche klar zu benennen. •

Eine längere Version dieses Artikels erscheint im Januar auf unserem Blog Berlin rechtsaußen. Dieser geht noch ausführlicher auf die Organisation und Inhalte von Apollo News ein.

• www.rechtsaußen.berlin



GAMZE KUBAŞIK, SEMIYA ŞİMŞEK
MIT CHRISTINE WERNER

»Gegen das Vergessen.
Für eine Zukunft ohne Ausgrenzung.«



Gamze Kubaşik und Semiya Şimşek mit Christine Werner: *Unser Schmerz ist unsere Kraft: Neonazis haben unsere Väter ermordet*, Fischer Sauerländer, Frankfurt/Main 2025, 17,90 Euro.

»Als Gamze und ich uns kennenlernten, beschlossen wir, nicht mehr länger zu schweigen, sondern an die Öffentlichkeit zu gehen«, schrieb Semiya Şimşek in ihrem ersten Buch »Schmerzliche Heimat. Deutschland und der Mord an meinem Vater« im Jahr 2013. Sie erinnert sich an die Zeit im Sommer 2006, kurz nach den letzten bekannten rassistischen Morden des NSU an Mehmet Kubaşik und Halit Yozgat am 4. und 6. April. Angehörige der Ermordeten hatten Schweigemärsche in Kassel und Dortmund organisiert. Sie forderten, dass die Mörder endlich gestoppt werden und in Richtung eines rechten Motivs ermittelt wird. Semiya Şimşek und Gamze Kubaşik sind beide 20 Jahre alt, als sie sich auf dem Schweigemarsch in Kassel kennenlernten. Der Mord an Semiyas Vater Enver Şimşek ist zu diesem Zeitpunkt sechs Jahre her.

Nicht länger schweigen!

von Caro Keller (NSU-Watch)

Fast 20 Jahre nach ihrem Kennenlernen sind beide immer noch Freundinnen und kämpfen weiter um Aufklärung und Gerechtigkeit. Nun haben sie sich entschieden, gemeinsam mit der Jugendbuchautorin Christine Werner ein Jugendbuch zu schreiben: »Unser Schmerz ist unsere Kraft. Neonazis haben unsere Väter ermordet«. Auf dem Cover des Buchs steht: »Gegen das Vergessen. Für eine Zukunft ohne Ausgrenzung«. Diese Perspektive durchzieht das ganze Buch.

Die Selbstenttarnung des NSU im Jahr 2011 war für Antifaschist*innen eine Zäsur – auch weil wir die Angehörigen in ihrem Kampf um Aufklärung in den Jahren zuvor nicht wahrgenommen, geschweige denn unterstützt haben. Wir haben den Rassismus hinter der Mordserie nicht erkannt, unser Anteil an ihrer Aufklärung beginnt erst Ende 2011.

Diese Leerstelle macht das Buch implizit schon zu Beginn deutlich, denn es beginnt 2006 – mit dem Mord an Mehmet Kubaşik und eben dem Kennenlernen von Semiya und Gamze. Ab diesem Zeitpunkt begleiten wir Leser*innen die beiden. Das Buch wechselt zwischen den Sichtweisen der Protagonistinnen. Wer gerade spricht, ist an Illustrationen zu erkennen, die die Konterfeis der beiden zeigen. Eingestreut sind Chatverläufe zwischen ihnen, kurze Infotexte und QR-Codes, die zu weiteren Informationen führen.

Wir lesen mit, wenn Gamze und Semiya die rassistischen Gerüchte über ihre Väter in der Presse lesen müssen, sind bei den Befragungen der Polizei dabei und erfahren, wie sie sich gegenseitig unterstützen und gemeinsam beschließen, in die Öffentlichkeit zu gehen. Schon am 24. Mai 2006 gaben Gamze und Semiya ein Interview bei stern TV, in der Hoffnung auf Hinweise aus der Bevölkerung, die zur Ergreifung der Täter führen könnten. Die Hoffnung wurde enttäuscht: »Es hat alles nichts gebracht.

Überhaupt nichts. Es ist sieben Monate her, seit wir bei Günther Jauch im Fernsehstudio saßen und unsere Geschichte erzählt haben. Wir hatten so viel Hoffnung, dass sich dadurch etwas ändert. Dass die Polizei vorankommt, dass die Mörder gefunden werden, dass man uns glaubt. Und was ist passiert? Nichts.«

»Unser Schmerz ist unsere Kraft« ist ein sehr persönliches Buch, das nichts beschönigt, nichts auslässt und die Leser*innen dafür teilhaben lässt – ganz nah. Auch an den schönen Momenten: Fotos und Episoden erzählen von der Kindheit mit ihren Vätern, aber auch den Hochzeiten von Semiya und Gamze, bei denen sie ihre Väter schmerzlich vermissten.

Ab November 2011 änderte sich erneut alles, Gamze und Semiya erfahren nicht von der Polizei von der Selbstenttarnung des NSU, sondern aus ihrem privaten Umfeld. Wieder werden sie allein gelassen. Dennoch beschließen sie, weiter die Öffentlichkeit zu suchen. Gemeinsam halten sie bei der Gedenkfeier der Bundesregierung eine Rede, geben Interviews, sagen im NSU-Prozess und in Untersuchungsausschüssen aus. Und obwohl es ihnen versprochen wurde: Eine lückenlose Aufklärung des NSU-Komplexes gibt es bis heute nicht.

Und große Teile der Gesellschaft beginnen zu vergessen. Das hat oft auch schlicht mit der verstrichenen Zeit zu tun. Viele Jugendliche waren noch nicht geboren oder Kleinkinder, als sich der NSU enttarnte. Auch deswegen spricht Gamze Kubaşik seit Jahren in Schulen und auch deswegen ist es wichtig, dass es nun dieses Buch zum NSU-Komplex gibt, das sich explizit an Jugendliche ab 14 Jahre richtet. »Unser Schmerz ist unsere Kraft« ist auch als Hörbuch erhältlich. Auf der Internetseite des Verlags kann zudem kostenloses Unterrichtsmaterial heruntergeladen werden. •

Rechte Buchmesse »Seitenwechsel« erfolgreich gestartet

Halle (Saale) • Rund 6.000 Besucher*innen kamen am Wochenende des 8./9. November in die Messe in Halle zur ersten Auflage der Buchmesse »Seitenwechsel«. Veranstalterin war die Buchhändlerin Susanne Dagen vom BuchHaus Loschwitz (Dresden). Nahezu die gesamte Bandbreite der extrem rechten und nationalkonservativen Publizistik war vertreten, darunter das Compact-Magazin, die Junge Freiheit, der Arndt-Verlag, der Verlag antaios und der Jungeuropa Verlag. Dem dezidiert neonazistischen Sturmzeichen Verlag, der u.a. die Zeitschrift N.S. Heute herausgibt, wurde eine Teilnahme hingegen verwehrt. Auf den Podien sprachen Prominente wie Hans-Georg Maaßen, Gloria von Thurn und Taxis, Uwe Tellkamp und Alexander Gauland.

Die Buchmesse knüpfte an frühere, kleinere Formate wie den »Zwischentag« (2012ff.) an: Sie wollte einerseits ein interessiertes Publikum erreichen und andererseits bestehende Netzwerke innerhalb des eigenen Milieus stärken. Während rechte Verlage auf den etablierten Messen in Frankfurt und Leipzig immer wieder mit Protest konfrontiert waren, ist es in Halle nun gelungen, die verschiedenen Akteur*innen des rechten Protestmilieus (Partei, Vorfeld, Publizistik, Anhänger*innen) unter dem Dach der Messe ungestört zusammenzubringen. Während sowohl Veranstalter*innen als auch Redner*innen die Messe als Maßnahme gegen die vielbeschworene Eingenung der Meinungsfreiheit bewarben, wurde die Teilnahme von Pressevertreter*innen laut Medienberichten an strenge Auflagen geknüpft. Für November 2026 ist eine zweite Auflage der Messe angekündigt.

Gutachten empfiehlt Anerkennung von Todesopfern rechter Gewalt

Erfurt • Im Auftrag der Landesregierung haben Wissenschaftler*innen der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin und des Moses Mendelssohn Zentrums Potsdam mutmaßliche Fälle von Todesopfern rechter Gewalt seit 1990 in Thüringen überprüft.

Ausgangspunkt war nicht zuletzt die quantitative Diskrepanz zwischen den staatlich anerkannten Todesopfern in Thüringen (1) und den ein dutzend Verdachts-

fällen, die unabhängige Stellen wie die Thüringer Opferberatungsstelle *ezra* recherchiert haben. Das nun fertiggestellte Gutachten identifiziert insgesamt zehn Todesopfer und empfiehlt deren staatliche Anerkennung. Dabei handelt es sich um Heinz Mädel (Erfurt, 1990), Ireneusz Szyderski (Erfurt-Stötternheim, 1992), Karl Sidon (Arnstadt, 1993), Rolf Baginski (Nordhausen, 1997), Jana G. (Saalfeld, 1998), Axel Urbanietz (Bad Blankenburg, 2001), Hartmut Balzke (Erfurt, 2003), Oleg Valger (Gera, 2004), Klaus-Peter Kühn (Suhl, 2012) und Mario K. (Altenburg, 2020). Als Verdachtsfälle benennt *ezra* zudem Mario Jödecke (Schlotheim, 1993) und Sandro Beyer (Sondershausen, 1993).

Neben Thüringen haben in der Vergangenheit auch Berlin, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Sachsen-Anhalt die offizielle Statistik neu bewertet, was in allen Fällen zu einer Reihe nachträglicher Anerkennungen führte. Zivilgesellschaftliche Initiativen und Journalist*innen verweisen seit Jahrzehnten auf abweichende Zahlen in diesem Zusammenhang. Eine offizielle, bundesweit einheitliche unabhängige Untersuchung aller Verdachtsfälle steht weiterhin aus.

Neugründung der AfD-Jugend

Gießen • Nachdem sich die Junge Alternative (JA) als eigenständiger Verein Ende März diesen Jahres aufgelöst hatte, gründete sich am 29. November 2025 mit der »Generation Deutschland« eine neue, offiziell an die AfD angebundene Parteijugendorganisation. Zum Vorsitzenden wurde der Cottbusser Jean-Pascal Hohm gewählt, als Stellvertreter fungieren Jan Richard Behr, Adrian Maxhuni und Patrick Heinz. Alle vier waren erwartungsgemäß bereits Funktionäre der JA. Insgesamt belegt die Besetzung des 15-köpfigen Vorstands, dass die neue Organisation sich in ihrer Radikalität wohl treu bleiben wird: So bestehen weiterhin beste Kontakte zum extrem rechten Vorfeld, der Identitären Bewegung und dem Burschenschaftsmilieu. Auf dem Gründungskongress präsentierten sich auch rechte Medien mit einem Stand, darunter der Verlag antaios und die Junge Freiheit.

Die Veranstaltung wurde von massiven Protesten begleitet und konnte erst mit mehrstündiger Verspätung starten. Zehntausende Menschen folgten dem Aufruf des Aktionsbündnisses Widersetzen und blockierten zahlreiche Zufahrtsstraßen in und um Gießen.

Neuerscheinung: »Extrem rechte Jugendgruppen in Berlin«

Seit 2024 sind bundesweit zahlreiche extrem rechte Jugendcliquen entstanden. Diese Gruppen mit Namen wie »Jung und Stark« oder »Deutsche Jugend Voran« treten sowohl digital als auch auf der Straße mit einem selbstbewussten, aggressiven Habitus auf und inszenieren sich als rebellische Gegenkultur. Unsere im Herbst erschienene 12-seitige Broschüre, die wir gemeinsam mit der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) erarbeitet haben, informiert über die Lebenswelten und Aktivitäten dieser Gruppen, formuliert Handlungsempfehlungen und benennt Unterstützungsangebote in Berlin. Sie richtet sich insbesondere an Multiplikator*innen der Kinder- und Jugendarbeit und kann auf Nachfrage kostenlos beim apabiz bestellt oder auf unserer Homepage als PDF heruntergeladen werden.

Extrem rechte Jugendgruppen in Berlin

Lebenswelten und Aktivitäten
Was kann ich tun?
Wo finde ich Unterstützung?

mbR

Eine Frühwarnung des antifaschistischen pressearchiv und bildungszentrum berlin e.V.
in Zusammenarbeit mit der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin



**Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.):
Napola Potsdam. Erziehung im Nationalsozialismus, Potsdam 2025.**

Der Katalog zur gleichnamigen Ausstellung, die von Mai bis Oktober in der brandenburgischen Landeshauptstadt zu sehen war, stellt die Geschichte der Nationalpolitischen Erziehungsanstalt (Napola) Potsdam sowie das Erziehungssystem dieser NS-Elite-Internatsschulen insgesamt dar. Ziel des Ausstellungsteams war es zu zeigen, wie »der Nationalsozialismus junge Menschen ideologisch indoktrinierte, politisch instrumentalisierte und menschenverachtend behandelte«. Im Mittelpunkt stehen die Biographien ehemaliger Lehrer und Schüler. Zu den gezeigten historischen Dokumenten konnte das apabiz zwei Ausgaben der Anstaltszeitung »Potsdamer Kameradschaft« aus seinen Beständen beisteuern. (ps)

Maik Tändler: Armin Mohler und die intellektuelle Rechte in der Bonner Republik, Wallstein Verlag, Göttingen 2025.

Der Schweizer Armin Mohler (1920-2003) ist mit seiner Dissertation zur »Konservativen Revolution« als Stichwortgeber der sogenannten Neuen Rechten bekannt geworden. Tändler stellt quellenreich das politische und publizistische Wirken Mohlers dar, ohne dabei den historischen und organisatorischen Kontext zu vernachlässigen. Thematisiert werden etwa Mohlers Positionierungen zur Geschichtsschreibung und zum Umgang mit dem Nationalsozialismus nach 1945. (ps)

Verschenke eine Spende ans apabiz

Aufgrund einer geringeren Förderung und steigender Kosten fehlen uns 2026 voraussichtlich 18.500 €. Deine Geschenkspende hilft uns dabei, unsere Arbeit fortzusetzen. Ob zum Geburtstag, zu Feiertagen oder als liebe Geste zwischendurch, einfach das Spendenformular ausfüllen und Wunschbetrag eintragen. Als Dankeschön bekommst Du eine E-Mail mit einer personalisierten Geschenkkarte im PDF-Format.

Hier geht es zur Spendenaktion:

www.apabiz.de/spendengeschenke/



monitor - rundbrief des apabiz e.V.

antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.V.

lausitzerstr. 10 | 10999 berlin

v.i.s.d.p.: c. schulze

fotos: alle rechte liegen bei den fotograf*innen

📞 030. 6 11 62 49 📩 mail@apabiz.de 🌐 www.apabiz.de

Neuerscheinung

